



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)

**23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat  
(Wahlperiode 2013-2018)**

---

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.01.2016
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

---

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Herr Dr. Marek Lengen - SPD  
Herr Jochen Mauritz - CDU  
Frau Heidemarie Menorca - CDU  
Frau Kerstin Metzner - SPD  
Herr Thomas Rathcke - FDP  
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU  
Herr Frank Zahn - SPD

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Herr Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman - Bü90/DIEGRÜNEN

Vertretung für:  
Herrn Schubert, Hans-Jürgen

Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE

Herr Christoph Otte - SPD

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU

Frau Liane Rütger - CDU

Vertretung für:  
Herrn Kaitschick, Paul

Herr Detlev Stolzenberg - Die PARTEI-PIRATEN

Vertretung für:  
Herrn Bünenfeld, Matthias

Herr Olaf Wegner - BfL

## Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller  
Frau Angela Neitzke  
Herr Reinhard Rocksien

Herr Klaus Breitrück

Herr Norbert Trabs  
Herr Ulf Witt  
Herr Detlef Radtke  
Herr Peter Tengler

Fachbereichsleitung  
Fachbereichscontrolling  
3.322 - Melde- und  
Gewerbeangelegenheiten  
3.390 - Umwelt-, Natur- und  
Verbraucherschutz  
Polizeidirektion Lübeck  
Polizeidirektion Lübeck  
Stadtfeuerwehrverband  
Personalrat Feuerwehr

## Protokollführung

Herr Maik Schneider-Wendt

Fachbereichsdienste

## Sonstige Personen

Herr Fries-Pieter Friese - Seniorenbeirat  
Herr Heinz-Jürgen Riekhof - Forum für Migrantinnen und  
Migranten  
Herr Klaus-Dieter Zander - Seniorenbeirat

nur im öffentlichen Teil  
nur im öffentlichen Teil  
nur im öffentlichen Teil

## Entschuldigte Mitglieder

### stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90/DIEGRÜNEN  
Herr Matthias Bünfeld - Die PARTEI-PIRATEN  
Herr Paul Kaitschick - CDU

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

## **T a g e s o r d n u n g:**

### Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Polizeibeirat**

### Nichtöffentlicher Teil:

- 3.1. Anhörung vor der Besetzung der Stellen der Leiterinnen oder Leiter der Polizeidirektionen gem. § 9 Abs. 2 Polizeiorganisationsgesetz (POG) / Vorstellung der neuen Leiterin / des neuen Leiters**

### Öffentlicher Teil:

- 3.2. Mitteilungen der Polizeidirektion**
  - 3.2.1. Aktuelle Flüchtlingslage
  - 3.2.2. Vorstellung Kriminalstatistik
- 3.3. Neue Anfragen an den Polizeibeirat**
- 4. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 15.12.2015**
- 5. Mitteilungen**
  - 5.1. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
  - 5.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
    - 5.2.1. Vereinbarung zur regionalen Entsorgung freigegebener Abfälle aus Kernkraftwerken
    - 5.2.2. Informationsveranstaltung Entsorgung freigegebener Abfälle aus dem Rückbau von KKW
  - 5.3. Beantwortung von Anfragen**
    - 5.3.1. Anfrage Herr Zahn - Ausreisepflichtige Flüchtlinge
  - 5.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
- 6. Anträge**
- 7. Vorlagen**

## **8. Berichte und Antworten**

- 8.1. Mitteilung einer Eilentscheidung des Bürgermeisters über eine überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 410.000 Euro für die Herrichtung einer Notfallunterkunft für Transitflüchtlinge Vorlage: VO/2015/03293

## **9. Neue Anfragen und Verschiedenes**

- 9.1. Anfrage Frau Metzner - Gewährleistung des Räum- und Streudienstes in Wohngebieten
- 9.2. Anfrage Herr Röttger - Baumfällungen Feuerlöschteich Wulfsdorf
- 9.3. Anfrage Herr Wegner - Stellenbesetzung Bereichsleitung Feuerwehr
- 9.4. Anfrage Herr Zahn - Ausnahmegenehmigungen Sicherheitstransporte
- 9.5. Anfrage Herr Stolzenberg - Grabenverrohrung im Otternweg
- 9.6. Anfrage Herr Stolzenberg - Stellungnahmen in Bebauungsplänen
- 9.7. Anfrage Herr Dr. Tetzlaff-Gahrman - Fragenkatalog zur Informationsveranstaltung der IAG
- 9.8. Anfrage Herr Zahn - Anzeige von Graffiti
- 9.9. Anfrage Frau Mählenhoff - Verkehrssituation Wisbystraße

### Nichtöffentlicher Teil:

## **10. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 15.12.2015**

## **11. Mitteilungen**

## **12. Vorlagen**

- 12.1. Ausschreibung eines Gutachterauftrags von mehr als 25.000 € für ein Organisationsgutachten für die Kfz.-Zulassungsstelle (Bereich Verkehrsangelegenheiten) und die beiden Stadtteilbüros (Bereich Melde- und Gewerbeangelegenheiten)  
Vorlage: VO/2015/03287

## **13. Berichte und Antworten**

## **14. Neue Anfragen und Verschiedenes**

### Öffentlicher Teil:

## **15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Öffentlicher Teil:

## zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Mählenhoff eröffnet die 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Frau Mählenhoff stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Mählenhoff beantragt die nichtöffentliche Beratung des TOP 3.1, da der designierte Behördenleiter auch für die Beantwortung von persönlichen Fragen zur Verfügung steht. Des Weiteren beantragt sie die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt den Anträgen bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

## zu 3 Polizeibeirat

*Frau Mählenhoff stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 16:10 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.*

*Frau Mählenhoff stellt gegen 17:00 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil eine Empfehlung ausgesprochen worden sei.*

Öffentlicher Teil:

## zu 3.2 Mitteilungen der Polizeidirektion

### zu 3.2.1 Aktuelle Flüchtlingslage

Herr Witt teilt mit, dass Ende dieses Jahres die Pacht für den Volksfestplatz auslaufe. Zu gegebener Zeit müsse dann geschaut werden, wo eine neue Unterbringung erfolgen soll. Hier könne das Gelände Flughafen Lübeck-Blankensee in Betracht kommen. Des Weiteren seien in Lübeck keine sexuellen Übergriffe wie in anderen Städten Deutschlands gemeldet worden. Zurzeit gebe es keine größeren Probleme mit Flüchtlingen.

Fragen der Damen Menorca (Dunkelziffer) und Wind-Olßon (weibl. Ansprechpartner für weibl. Flüchtlinge) sowie Herrn Martens (Anzahl Flüchtlinge Walli) beantworten die Herren Witt und Möller.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### zu 3.2.2 Vorstellung Kriminalstatistik

Laut Herrn Mauritz sei regelmäßig im Ausschuss über die Kriminalstatistik in Lübeck berichtet worden. Er wünscht, dass dies beibehalten werde.

Herr Witt erwidert, dass sobald die Daten vorliegen und ausgewertet seien, die Kriminalstatistik, wie auch in den vergangenen Jahren, im Ausschuss vorgestellt werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### zu 3.3 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

Es liegt nichts vor.

### zu 4 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 15.12.2015

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

### zu 5 Mitteilungen

#### zu 5.1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegt nichts vor.

#### zu 5.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

##### zu 5.2.1 Vereinbarung zur regionalen Entsorgung freigegebener Abfälle aus Kernkraftwerken

Herr Möller berichtet über den Briefwechsel zwischen dem Städteverband Schleswig-Holstein und dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR) und schlägt vor, diesen der Niederschrift als Anlage beizufügen.<sup>1</sup>

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist mit dem Vorschlag einverstanden.

##### zu 5.2.2 Informationsveranstaltung Entsorgung freigegebener Abfälle aus dem Rückbau von KKW

Herr Möller gibt bekannt, dass am 22. März 2016, um 17 Uhr eine gemeinsame Informationsveranstaltung des MELUR und Fachbereichs Umwelt, Sicherheit und Ordnung zum Thema „Entsorgung freigegebener Abfälle aus dem Rückbau von KKW“ in der Aula der VHS Falkenplatz, Falkenplatz 10, 23564 Lübeck stattfinden werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

<sup>1</sup> Anlage 1 Die Anlagen zur Niederschrift sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

## zu 5.3 Beantwortung von Anfragen

### zu 5.3.1 Anfrage Herr Zahn - Ausreisepflichtige Flüchtlinge

Anfrage siehe Sitzung des Ausschusses vom 15.12.2015 TOP 9.1.

Herr Rocksien antwortet wie folgt:

*„In Lübeck leben derzeit 72 vollziehbar ausreisepflichtige Personen die im Begriff sind, das Bundesgebiet zu verlassen. Sie besitzen derzeit eine Grenzübertrittsbescheinigung zur freiwilligen Ausreise. Mit ihnen wurden bereits Beratungsgespräche geführt und auf die Möglichkeiten der freiwilligen Ausreise hingewiesen. Auch auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Mitteln über die Internationale Organisation für Migranten wurden sie hingewiesen. Sollte keine freiwillige Ausreise erfolgen, wird in diesen Fällen die unangekündigte Abschiebung erfolgen.*

*528 Personen sind Inhaber einer Duldung. Auch sie sind vollziehbar ausreisepflichtig, können oder wollen das Bundesgebiet aber aufgrund von einzelfallbestimmten Umständen derzeit nicht verlassen. Ob eine Aufenthaltsbeendigung bei diesen Personen möglich ist, wann eine Ausreise/Abschiebung erfolgen kann und unter welchen Umständen (ggf. Begleitung durch einen Arzt) wird einzelfallbezogen geprüft. Auch dieser Personenkreis erhält zunächst Beratungsgespräche zur Möglichkeit der freiwilligen Ausreise.*

*1185 Personen sind derzeit im laufenden Asylverfahren und Inhaber einer Aufenthaltsgestattung. Bei Ihnen entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über den weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet, bzw. bei Klageerhebung das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht. Die Ausländerbehörde ist an die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gebunden und vollzieht ggf. die Ausreisepflicht. Auch diese Personen erhalten aber zunächst die Möglichkeit zur freiwilligen Ausreise.*

*Nach hiesigen Erfahrungen und Einschätzungen unterteilt sich diese Gruppe wie folgt:*

*Können mit einem Aufenthalt rechnen:*

*594 Personen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea und Somalia*

*Es besteht eine geringe Chance der Anerkennung des Asylbegehrens:*

*224 Personen aus dem Iran, Jemen, Russische Föderation, Pakistan, Aserbaidschan*

*Diese Asylverfahren werden vermutlich negativ ausgehen:*

*367 Personen aus Albanien, Armenien, Kosovo, Serbien, Mazedonien, Bosnien etc.*

*Zusätzlich gibt es derzeit geschätzt 500-1000 Personen, die lediglich im Besitz einer sogenannten BüMa (Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender) sind. Dieser Personenkreis wurde Lübeck zwar schon zugewiesen, befindet sich aber noch nicht im Asylverfahren. Wann eine Anhörung zum Asylbegehren stattfindet, wann eine Aufenthaltsgestattung ausgestellt wird und wann das Asylverfahren beendet sein wird, ist derzeit nicht abschätzbar.*

*In der 2. KW hat es zwei erfolgreiche unangekündigte Rückführungen nach dem Dubliner Übereinkommen von insgesamt 6 Personen gegeben. Dabei handelte es sich um Rückführungen nach Polen (russische Familie) und nach Dänemark (armenische Familie).“*

Verständnisfragen der Herren Martens, Rathcke, Zahn und Wegner sowie der Damen Metzner und Rütter beantworten die Herren Rocksien und Möller.

Herr Dr. Tetzlaff-Gahrman möchte gern wissen, welche Untersuchungen der Gesundheitscheck bei ausreisepflichtigen Flüchtlingen beinhaltet. Die Antwort wird nachgereicht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft**

Es liegt nichts vor.

#### **zu 6 Anträge**

Es liegt nichts vor.

#### **zu 7 Vorlagen**

Es liegt nichts vor.

#### **zu 8 Berichte und Antworten**

##### **zu 8.1 Mitteilung einer Eilentscheidung des Bürgermeisters über eine überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 410.000 Euro für die Herrichtung einer Notfallunterkunft für Transitflüchtlinge Vorlage: VO/2015/03293**

Herr Möller erläutert kurz die Hintergründe der Eilentscheidung. Verständnisfragen der Herren Dr. Lengen, Rathcke und Wegner sowie Frau Menorca beantwortet die Herr Möller.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 9 Neue Anfragen und Verschiedenes**

##### **zu 9.1 Anfrage Frau Metzner - Gewährleistung des Räum- und Streudienstes in Wohngebieten**

##### **Anfrage:**

- 1. Wie ist abgesichert, dass Straßenzüge in geschlossenen Wohngebieten von Eis befreit werden, wenn kein dauerhafter Einsatz auf den Straßen höherer Kategorie mehr erfolgen muss?*
- 2. Wie erfolgen die Kontrollen der Räum- und Streupflicht der Anlieger, insbesondere in Wohngebieten mit einem hohen Anteil an Gehwegen?*
- 3. In welcher Weise nimmt die Stadt eine Räum- und Streupflicht auf stark frequentierten Geh/Schulwegen wahr?*

Herr Möller macht darauf aufmerksam, dass die Räumspflicht laut der von der Bürgerschaft beschlossenen Satzung dem Eigentümer obliege. Außerdem werde der Ordnungsdienst hauptsächlich in der Innenstadt eingesetzt und könne nicht alle Straßen überwachen. Es stehe jedem frei, nicht geräumte Wege zu melden bzw. anzuzeigen. Abschließend weist er darauf hin, dass für diese Anfrage der Werkausschuss zuständig sei und sie dort behandelt werden müsse.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 9.2      Anfrage Herr Röttger - Baumfällungen Feuerlöschteich Wulfsdorf**

Herr Röttger berichtet, dass am 23.12.2015 Baumfällarbeiten am Feuerlöschteich Wulfsdorf ohne Kenntnis der Freiwilligen Feuerwehr durchgeführt worden seien. Im Normalfall führten solche Arbeiten die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr selbst durch. Es sei interessant zu wissen, welche Kosten aufgelaufen sind und weshalb die Freiwillige Feuerwehr nicht beteiligt worden ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 9.3      Anfrage Herr Wegner - Stellenbesetzung Bereichsleitung Feuerwehr**

Herr Wegner informiert über ein Schreiben des Personalrats der Berufsfeuerwehr und fragt nach, ob sich der Bürgermeister dazu schon geäußert habe. Herr Tengler antwortet, dass es vom Bürgermeister noch keine Rückmeldung gegeben habe.

Herr Rathcke fragt nach dem Sachstand des Wirtschaftlichkeitsgutachtens der Berufsfeuerwehr. Herr Möller antwortet, dass am 04.11.2015 der Gutachter einen vorläufigen Bericht seines Gutachtens präsentierte. Dieser sei nach Auffassung der Vertreter der Städte als Auftraggeber noch unvollständig, da einzelne Punkte des Leistungsverzeichnisses noch überhaupt nicht oder nicht vollständig behandelt sowie Kernaussagen nicht plausibel begründet worden seien.

Herr Zahn fragt nach weshalb das Gutachten vor einer Vorlage beim Bürgermeister und Gremienberatung von Verwaltungsmitarbeitern korrigiert werde. Herr Möller antwortet, dass die Lenkungsgruppe darauf achte, dass im Gutachten die wesentlichen Punkte des Leistungsverzeichnisses abgearbeitet würden. Dies werde hinterfragt und überprüft. Der Gutachter habe aktuell die 5. Kalenderwoche als angestrebten Abgabetermin für die Endversion des Berichtes in Aussicht gestellt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Der Seniorenbeirat verlässt gegen 18:00 Uhr die Sitzung.*

### **zu 9.4      Anfrage Herr Zahn - Ausnahmegenehmigungen Sicherheitstransporte**

Herr Zahn berichtet, dass Sicherheitsfirmen z.B. bei Geldtransporten über Fuß- und Gehwege fahren und direkt vor den Filialen ihrer Kunden mit laufendem Motor stehen würden. Er fragt nach, wie viele Ausnahmegenehmigungen existierten. Herr Möller antwortet, dass der Fachbereich 5 für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen und der Fachbereich 3 für die Überwachung zuständig sei. Diese Anfrage falle in die Zuständigkeit des Bauausschusses.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### zu 9.5 Anfrage Herr Stolzenberg - Grabenverrohrung im Otternweg

Herr Stolzenberg berichtet, dass im Dezember ein Graben entlang der Straße Otternweg in Kronsforde verrohrt worden sei. Er fragt nach, ob es sich bei dieser Grabenverrohrung um einen nach Naturschutzrecht anzeige- bzw. genehmigungspflichtigen Tatbestand handle und die notwendige Zustimmung bei der uNB beantragt bzw. genehmigt worden sei?

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Nachrichtlich den Ausschussmitgliedern der Hinweis vom Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz zur Kenntnisnahme:**

*„Nach Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde (uNB) ist der o.a. Graben ohne Beteiligung der Unteren Wasserbehörde und Naturschutzbehörde vom Bereich Stadtgrün und Verkehr verrohrt worden. Der Bereich Stadtgrün und Verkehr war der Ansicht, es bedürfe keiner Genehmigung, da der Graben sich in der Verwaltung dieses Bereiches befindet. Dazu ist nunmehr ein Verwaltungsverfahren von unseren beiden Behörden eingeleitet worden, um den Bereich Stadtgrün und Verkehr zur "Schadensbegrenzung" zu bewegen.“*

#### zu 9.6 Anfrage Herr Stolzenberg - Stellungnahmen in Bebauungsplänen

Herr Stolzenberg spricht exemplarisch das B-Plan-Verfahren "Priwall-Waterfront" an und bemängelt den Umgang mit der Stellungnahme der uNB. Laut Herrn Stolzenberg sei die umfangreiche und fachlich bedeutsame Stellungnahme der Naturschutzbehörde zum Bebauungsplan Waterfront im Abwägungsbericht der Stellungnahmen, der der Bürgerschaft zum Satzungsbeschluss vorgelegt wurde, nicht enthalten. Dies stelle eine Reduktion des Abwägungsmaterials dar, die Einfluss auf die Abwägungsentscheidung durch die Bürgerschaft habe. Er fragt nach, ob es in diesem Fall eine Erklärung der Naturschutzbehörde gebe, dass die Stellungnahme der uNB zurückgenommen worden sei. Weiterhin möchte er wissen, ob der Verzicht auf die Darstellung der Anregungen der Naturschutzbehörde im Abwägungsbericht von der uNB ausdrücklich akzeptiert worden sei oder es sich um ein Versehen in der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials handle. Die Herren Möller und Breitrück erläutern den Verfahrensablauf bei Bebauungsplänen näher. Demnach würden sich Stellungnahmen im Abwägungsbericht wiederfinden. Es könne natürlich sein, dass sich Stellungnahmen im weiteren Ablauf des Verfahrens erübrigen. Es stehe jeder Person frei, Akteneinsicht einzufordern, um sich über alle Details eines Verfahrens zu informieren.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### zu 9.7 Anfrage Herr Dr. Tetzlaff-Gahrmann - Fragenkatalog zur Informationsveranstaltung der IAG

Laut Herrn Dr. Tetzlaff-Gahrmann solle auch der leitende Ingenieur der Deponie Niemark Fragen einreichen. Er würde sich hervorragend in dieser Materie auskennen. Frau Neitzke merkt an, dass es sich um eine Informationsveranstaltung für Ausschussmitglieder handle und diese auch die Fragen stellen sollten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 9.8 Anfrage Herr Zahn - Anzeige von Graffiti**

Herr Zahn habe gehört, dass der Bereich Stadtgrün bei Farbschmierereien/Graffiti in der Regel auf Anzeigen verzichte und fragt nach, ob dem so sei. Herr Möller antwortet, dass es zu diesem Thema schon seit längerer Zeit Gesprächsrunden und Arbeitskreise gebe, bei denen auch der Fachbereich 5 vertreten sei. Solche Fälle anzuzeigen wäre die eine Seite. Laut der Polizei sei die Aufklärungsquote bei Graffiti sehr gering.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 9.9 Anfrage Frau Mählenhoff - Verkehrssituation Wisbystraße**

Frau Mählenhoff macht auf die Verkehrssituation in der Wisbystraße, vor allem auf Höhe des Hotels, aufmerksam. Busse hielten und stünden direkt auf der Straße. Dadurch werde der Verkehr behindert, als Anwohner finde man keine Parkplätze mehr. Herr Möller sagt zu, dieses Thema über Herrn Ohlow in den Arbeitskreis Verkehr zu geben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Frau Mählenhoff stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:45 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.*

Öffentlicher Teil:

#### **zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Frau Mählenhoff stellt gegen 18:58 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil eine Empfehlung ausgesprochen worden sei. Frau Mählenhoff schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Lübeck, den 26. Januar 2016

Silke Mählenhoff  
Vorsitzende

Maik Schneider-Wendt  
Protokollführung